

Grosser Erfolg für Volksinitiative gegen die Preisinsel Schweiz

Der Nationalrat lehnt die Fair-Preis-Initiative ab. Doch er hat am Montag einen Gegenvorschlag beschlossen, der die Initiative praktisch schon umsetzt.

5

Hansueli Schöchli, 10.03.2020 *Neue Zürcher Zeitung*

Die Schweiz ist eine Wohlstandsinsel. Laut Daten des Ländervereins OECD waren 2018 die durchschnittlichen Löhne in der Schweiz rund doppelt so hoch wie im Mittel der vier Nachbarländer (ohne Liechtenstein). Selbst unter Berücksichtigung der Preisniveaus liegt die Kaufkraft der Schweizer Löhne gemäss OECD-Daten etwa 40% über dem Durchschnitt der Nachbarländer.

Eine von Gewerbetreibenden und Konsumentenschützern lancierte Volksinitiative will etwas tun gegen die Preisinsel Schweiz. Gemäss EU-Statistiken zahlen Schweizer Privathaushalte für einen typischen Korb von Waren und Dienstleistungen gegen 50% mehr als die Haushalte der Nachbarländer im Mittel. Der Hauptgrund der Preisinsel liegt zwar im hohen Wohlstand, aber das muss man ja nicht laut sagen. Die Initiative hat ein populär klingendes Ziel: die Bekämpfung von (oft ausländischen) Lieferanten, welche die Frechheit haben, von den relativ reichen Kunden in der Schweiz mehr zu verlangen als von Kunden in ärmeren Ländern. (...)

Abschöpfung der Kaufkraft

Der Nationalrat hat sich am Montag in allen umstrittenen Punkten jeweils für die «schärfere» Variante ausgesprochen. Die Allianz von Linken und Gewerbevertretern war die Ausgangsbasis für jeweils komfortable Mehrheiten zugunsten eines weitgehenden Gegenvorschlags. Auch das Verbot des Geoblocking im Online-Handel fand eine Mehrheit. Die Befürworter erhoffen sich hier direkte Preissenkungen für Konsumenten. Ausländische Anbieter sollen also nicht mehr von Schweizer Nachfragern nur wegen deren Schweizer Adresse einen Preiszuschlag verlangen dürfen. Das Verbot mag zwar im Ausland nur schwer durchzusetzen sein, doch die Befürworter erhoffen sich wenigstens eine gewisse Wirkung.

Die generelle Kernbotschaft der Befürworter der Gesetzesrevision: Es sei inakzeptabel, dass Schweizer KMU und Konsumenten für das gleiche Produkt massiv mehr zahlen müssen als ausländische Käufer; die ungerechtfertigte Abschöpfung der Schweizer Kaufkraft durch Unternehmen müsse aufhören.

Die relativ wenigen Kritiker, die vor allem aus der FDP und von Teilen der SVP kamen, sagten dagegen, dass die Initiative und der Gegenvorschlag ihre Versprechen nicht halten könnten. Die Vorschläge würden laut den Kritikern vor allem Juristenfutter schaffen, mehr Firmenbürokratie verursachen und die Richter und Wettbewerbsbehörden zu Preiskontrollstellen umfunktionieren. Es fehlte im Nationalrat nicht an Beispielen für den Preiszuschlag für die Schweiz. Doch weiterhin ist unklar, ob die Initiative und der Gegenvorschlag abgesehen vom Geoblocking-Verbot bei mehr als nur einem kleinen Teil dieser Fälle überhaupt Anwendung fänden. Betroffene Firmen müssten jeweils nachweisen, dass sie keine vernünftige Ausweichmöglichkeit hätten. Die Befürworter scheinen zu hoffen, dass die Gesetzesverschärfung vorbeugend wirkt und die Wettbewerbskommission animiert.

Am Ende sprach sich der Nationalrat zwar mit 102 zu 58 Stimmen bei 27 Enthaltungen gegen die Volksinitiative aus. Doch der Rat nahm in der Gesamtabstimmung mit 154 zu 27 Stimmen bei 4 Enthaltungen einen Gegenvorschlag an, der faktisch die Initiative bereits umsetzt und wohl zu deren Rückzug führen würde. Das Geschäft geht nun an den Ständerat. Auch dort hat der Gegenvorschlag gute Chancen.